

A: Peruanischer Bergbauer gegen RWE

Seit November 2015 kämpft der peruanische Bergbauer Saúl Luciano Lliuya vor deutschen Gerichten gegen den Energieriesen RWE.

Der Mann aus der Kleinstadt Huaraz in den peruanischen Anden gibt dem deutschen Konzern eine Mitschuld an dem weltweiten Klimawandel. Die Stadt befindet sich in einem Tal, umgeben von Bergen und dem mächtigen Gletscher Palcacocha. Durch den Klimawandel und die damit einhergehende Erderwärmung schmilzt der Gletscher. Das geschmolzene Eis des Gletschers fließt in einen See, dessen Staudamm den zunehmenden Wassermassen womöglich bald nicht mehr standhalten kann. Bricht der Damm, so würde dies eine Überschwemmung der Stadt bedeuten, Häuser zerstören und somit auch die Existenz der Menschen, die dort leben.

In der Klage, die Lliuya im November 2015 einreichte, legt der Peruaner RWE zur Last, für 0,47% der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich zu sein.

Saúl Luciano Lliuyas Ziel ist es, 17.000 Euro für seine Gemeinde zu erstreiten und zusätzlich noch einmal 6.400 Euro für sich selbst. Geld, das der Bauer bereits für Klimaschutzmaßnahmen an seinem Haus ausgegeben hat.

Machte es 2017 noch den Anschein, als würde die Klage scheitern, konnte in zweiter Instanz am Oberlandesgericht Hamm ein kleiner Erfolg verzeichnet werden: Die Klage des Bergbauern wurde als zulässig eingestuft und das Gericht ordnete eine Beweisaufnahme in dem Fall an. Nun soll ein Gutachten erstellt werden, das den Zusammenhang der von RWE verursachten Schadstoffe und der möglichen Gletscherschmelze bewerten soll.

Nicht nur in seiner Heimat, sondern auch in Deutschland wird Lliuya von vielen Menschen und Organisationen unterstützt: „Ich bin froh, aktiv geworden zu sein und nicht einfach zu warten, was passiert. Es ist überwältigend für mich, wie viel Interesse und Unterstützung ich in meinem Land und weltweit erfahren habe. Das gibt mir Mut und Kraft weiter zu machen. Der Klimawandel betrifft alle Länder der Welt, wir müssen uns deswegen für die Gerechtigkeit einsetzen“, so Lliuya zur deutschen Organisation Germanwatch.

Quellen:

- <https://www.tagesschau.de/inland/rwe-peru-bauer-klage-101.html>
- <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-klage-aus-peru-bauer-verklagt-rwe-15492845.html>
- <https://germanwatch.org/de/der-fall-huaraz>

B: Steinkohleabbau in Kolumbien

Im Jahr 1986 nahm im Norden Kolumbiens der Konzern *El Cerrejón* eine Mine in Betrieb und man erhoffte sich einen wirtschaftlichen Aufschwung der Region. Heute ist die Grube mit 69 000 Hektar eine der größten Steinkohletagebaue der Welt. Der Jahresumsatz des Joint Venture-Riesen betrug 2013 ca. 2,5 Milliarden US-Dollar. Die abgebaute Kohle wird komplett exportiert, denn Kolumbien selbst erzeugt seine Energie größtenteils aus Wasserkraft. Nach Deutschland und in die Niederlande gehen 35% der exportierten Steinkohle.

Der Kohleabbau hat nicht nur gesundheitliche Folgen für die Bewohner*innen der betroffenen Regionen in Kolumbien: In den letzten Jahrzehnten mussten ganze Dörfer umgesiedelt werden, wodurch viele Menschen ihr Land und dadurch auch ihre Lebensgrundlage verloren.

Im Dorf Tamaquito lebte die indigene Gruppe der Wayúu von Fischerei, von der Jagd, Viehhaltung und Gemüseanbau. Das Dorf, welchem Jairo Fuentes vorsteht, leistete lange Zeit Widerstand gegen eine Umsiedlung. Doch der Druck auf die Gemeinde stieg und die dauernde Präsenz von Militär, Polizei sowie Minen-Sicherheitspersonal führte schlussendlich dazu, dass die Gemeinde einer Umsiedlung zustimmte. Gemeinsam erkämpfte die Gemeinde mühsam unterschiedliche Bedingungen, die der Konzern *El Cerrejón* im Zuge der Umsiedlung einhalten sollte. Unter öffentlichem Druck v.a. auch aus Europa willigte das Bergbauunternehmen den Bedingungen zu. Dies ist vor allem dem Dorfvorsteher Jairo Fuentes zu verdanken.

Trotzdem wurde den Menschen von Tamaquito viel genommen: die Freiheit, die frische Luft, medizinische Pflanzen und die Spiritualität, die stark mit dem Land der Vorfahren verbunden ist. „Unsere Alten träumen nicht mehr, können sich nicht mehr mit der Erde verbinden. Tief im Herzen spüren wir Wut“, so Jairo Fuentes in der Berliner Zeitung. Für ihn geht der Kampf weiter. Er möchte die Idee der Wayúu von einem guten Leben verteidigen. Diese Idee steht laut Fuentes für Nachhaltigkeit und Gemeinschaft, nicht für Industrialisierung und Wachstum.

Quellen:

- <https://www.berliner-zeitung.de/politik/bergbau-wie-kohle-fuer-deutsche-kraftwerke-menschen-in-kolumbien-entwurzelt-29972406>
- <http://www.spiegel.de/panorama/glencore-ceo-mark-mcmanus-und-die-steinkohlemine-prodeco-a-1034205.html>
- <http://www.dasguteleben-film.de/>

C: African Renewable Energy Initiative (AREI)

Die Initiative möchte bis spätestens 2030 den Zugang zu ausreichender und sauberer Energie für alle Afrikaner*innen sichern. Ziel ist es, neue und zusätzliche zehn Gigawatt Strom aus erneuerbaren Energien bis 2020 zu gewinnen (300 Gigawatt bis 2030). Damit würde sich die aktuelle Stromerzeugungskapazität des gesamten Kontinents verdoppeln.

Im Vergleich zu vielen anderen Programmen und Initiativen, die von internationalen Partner*innen in Afrika geleitet werden, ist die AREI eine rein afrikanische Initiative, die von afrikanischen Institutionen gesteuert wird.

Die AREI möchte durch ihre Arbeit lokale Wirtschaften fördern, ohne dabei auf fossile Energieträger setzen zu müssen. Dadurch sollen Menschen aus ihrer Armut befreit und bessere Lebensgrundlagen für Menschen geschaffen werden.

Zurzeit ist der Beitrag afrikanischer Staaten am Ausstoß von CO₂ relativ gering. Die AREI möchte sich jedoch dafür einsetzen, dass alle Länder innerhalb kürzester Zeit zu kohlenstoffarmen bzw. kohlenstofflosen Gesellschaften werden, um den globalen Klimawandel aufzuhalten.

Die Umsetzung dieser Ziele sieht nicht nur die Förderung einzelner Projekte vor, sondern soll durch die Unterstützung der Länder bei der Verwirklichung erreicht werden. Dabei sollen alle Formen erneuerbarer Energien gefördert werden und ein möglichst dezentrales System geschaffen werden, das regionale Ansätze miteinbezieht.

Es werden Verfahren erarbeitet, wie eine breite Mitwirkung und Teilhabe der Zivilgesellschaft und anderer Interessensvertreter sichergestellt werden kann. Zudem werden strenge soziale und ökologische Standards formuliert und in weiterer Folge unterstützenswerte Projekte und Programme ausgewählt.

Parallel zum Aufbau des AREI wird sich die Initiative in den internationalen Klimaverhandlungen weiterhin die Einführung eines globalen Erneuerbare-Energien-Förderprogramm einsetzen. Für dessen Einführung setzt sich die afrikanische Initiative schon seit 2014 ein.

Quellen:

- <https://germanwatch.org/de/11863>
- <http://www.arei.org/>

D: 100 Prozent saubere Energie für Kalifornien

Der bevölkerungsreichste Bundesstaat der Vereinigten Staaten setzt sich selbst strenge Klimaschutz-Ziele: Bis zum Jahre 2045 soll in Kalifornien Energie nur noch aus sauberen Energiequellen produziert und komplett auf klimaschädliche Formen der Energiegewinnung verzichtet werden.

Damit hebt sich Kalifornien deutlich von der nationalen US-amerikanischen Klimapolitik ab. Im Mai 2017 hatte Präsident Donald Trump den Ausstieg der USA aus dem Pariser Abkommen angekündigt. Das Abkommen hat zum Ziel, die jährliche Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu beschränken.

Der kalifornische Gouverneur Jerry Brown betont, dass der Bundesstaat jedoch weiterhin seinen Beitrag zur Erfüllung des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 leisten möchte.

Als Zwischenschritt soll die Stromversorgung in Kalifornien bis zum Jahr 2030 zu 60% auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Das sind 10% mehr als bisher bis zu diesem Datum geplant waren.

Schon im Jahr 2017 kam laut Angaben der Regionalbehörden der genutzte Strom zu 29% aus erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Erdwärme, Biomasse und Wasserkraft.

Doch auch Atomstrom wird eine Rolle bei der Energieproduktion spielen, da bei der Umstellung vor allem auf den Ausstoß von Treibhausgasen verzichtet werden soll.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Kalifornien, das für sich gesehen die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt darstellt, als Vorreiter zum Thema Klimaschutz gilt. Nach dem dreitägigen „Global Climate Action“-Gipfel, der im September 2018 in San Francisco stattfand, kündigte Brown an, einen Satelliten zu entwickeln zu wollen, der weltweit Klimaverschmutzer aufspüren soll.

Quellen:

- <https://www.dw.com/de/kalifornien-will-100-prozent-saubere-energie/a-45437498>
- <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-09/kalifornien-strom-saubere-energien-2045>
- <https://futurezone.at/science/kalifornien-setzt-bei-klimawandel-auf-eigenen-verdamnten-satelliten/400119035>

E: Erneuerbare Energien in Indien

Für den Ausbau der Solarenergie hat sich Indien ambitionierte Ziele gesetzt. Bis 2030 sollen mindestens 40% der indischen Stromkapazität aus nicht-fossilen Energiequellen kommen. Festgehalten wurde dieses Ziel im indischen Klimaplan, den das Land 2015 bei der Pariser Klimakonferenz vorlegte.

Durch den Ausbau der Solarenergie erhofft sich Indien neue Möglichkeiten die rasante Energienachfrage zu befriedigen.

Premierminister Narendra Modi hatte auf der Klimakonferenz in Paris (2015) eine internationale Solarallianz angekündigt. Mitglieder sind 121 Länder, die zwischen den Wendekreisen liegen und mehr als 300 Sonnenscheintage im Jahr haben. Solarenergie soll für die „Sonnenländer“ durch gemeinsame Beschaffung der Solaranlagen, Verbesserungen der Technologien und Forschungen günstiger werden. Das angestrebte Ziel ist der Ausbau der Solaranlagen für über eine Billion US-Dollar. Finanzielle und technologische Unterstützung können die Mitgliedsländer der Allianz auch von den sogenannten Industrieländern erwarten.

Die *Reserve Bank of India (RBI)* hat zugesagt an (insbesondere kleine und mittelständische) Unternehmen, die Finanzmittel für den Ausbau erneuerbarer Energien benötigen, vorrangig Kredite zu vergeben. So können von Banken bis zu 2,3 Mio. US-Dollar für Projekte erneuerbarer Energien vergeben werden.

Stromanbieter können zudem im Rahmen des Zertifizierungssystems für erneuerbare Energien (REC) zertifiziert werden, wenn sie einen bestimmten Anteil ihrer Energie aus erneuerbaren Quellen beziehen.

Große Unternehmen in Indien beginnen zunehmend, Nachhaltigkeit in ihr Kerngeschäft einzugliedern, indem sie sich zum Beispiel zur Reduktion von Treibhausgasemissionen verpflichten oder auf nachhaltigere Produktionsweisen umsteigen.

Quellen:

- <https://germanwatch.org/de/11865>
- <http://www4.unfccc.int/submissions/INDC/Published%20Documents/India/1/INDIA%20NDC%20TO%20UNFCCC.pdf>
- https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=02dc0627-58f1-4472-45d3-2e23e73cb34a&groupId=252038